

Der beste Wächter

Lorenzo Bini Smaghi plädiert für eine unabhängige Bankenaufsicht unter dem Dach der EZB.

Die Verwirklichung einer Bankenunion hat Sorgen ausgelöst über die künftige Rolle der Europäischen Zentralbank (EZB). Soll die EZB doch künftig nicht nur für Geldwertstabilität sorgen, sondern auch die Banken Europas beaufsichtigen.

Zwei Bedenken stehen im Mittelpunkt: Erstens könnte die Notenbank versucht sein, mit einer überaus lockeren Geldpolitik eigene Fehler in der Bankenaufsicht zu kaschieren. Dadurch würde die Preisstabilität gefährdet. Zweitens wird befürchtet, die Unabhängigkeit der EZB könne leiden, weil sie als Bankenaufseherin Entscheidungen treffen müsse, die auf Kosten der europäischen Steuerzahler gehen könnten. Beide Argumente sind nicht stichhaltig.

Man stelle sich vor, die EZB würde eine falsche Geldpolitik verfolgen, um bestimmte Ziele als Bankenaufseherin zu erreichen. Nach ihren Statuten darf die EZB nur Geld gegen Sicherheiten von solventen Instituten verleihen. Dabei ist sie im Moment darauf angewiesen, dass die nationalen Aufsichtsbehörden die Zahlungsfähigkeit der Banken richtig beurteilen. Diese Behörden haben jedoch einen Anreiz, ihre Banken so solvent wie möglich darzustellen, damit diese Liquiditätshilfen von der Notenbank bekommen können. Wenn jetzt aber die Solvenzprüfung auf die EZB überginge, würde sie selbst sicherstellen, dass die Institute zahlungsfähig sind. Mögliche Verluste der Banken würden sonst auf ihre eigene Bilanz durchschlagen.

Außerdem verhindert der klare Auftrag der EZB, die Preisstabilität zu gewährleisten, dass die Notenbank diese Aufgabe anderen Zielen unterordnet. Die Transparenz der Notenbank macht es zudem schwer, eine bestimmte Geschäftsbank bevorzugt zu behandeln. Unterm Strich: Die Furcht, dass die Geldpolitik durch die Bankenaufsicht kompromittiert würde, mag



Handelsblatt

früher für solche Zentralbanken berechtigt gewesen sein, die kein klares Mandat zur Sicherung der Geldwertstabilität hatten und von der Politik abhängig waren. Für die EZB trifft das jedoch nicht zu.

Der zweite Einwand gründet darauf, dass die Unabhängigkeit der EZB von der Politik gefährdet werde, weil ihre Entscheidungen direkt die Steuerzahler betreffen könnten. Tatsächlich können Fehler in der Geldpolitik für die Steuerzahler genauso

teuer werden wie in der Bankenaufsicht. Notenbanken sind unabhängig, um ihre Geldpolitik vor einer politischen Einflussnahme schützen zu können. Das Gleiche sollte auch für die Bankenaufsicht gelten. Die Unabhängigkeit der Aufsicht über Finanzinstitute gehört zum Kern der Vereinbarungen, auf die sich Finanzaufseher aus aller Welt in Basel geeinigt haben.

Die Finanzkrise hat gezeigt, dass die Steuerzahler in jenen Ländern am meisten

bluten mussten, in denen die politische Abhängigkeit der Aufsichtsbehörden besonders stark war. Das hat dazu geführt, dass viele Staaten die Bankenaufsicht auf unabhängige Zentralbanken übertragen haben. Leider ist das nicht in Deutschland geschehen, weil die Bundesbank um ihre Unabhängigkeit fürchtete.

Die gleichen Ängste gibt es jetzt auf europäischer Ebene. Eine Übertragung der Bankenaufsicht auf die EZB darf nicht ihre politische Unabhängigkeit gefährden. Die Führung der Notenbank sollte daher unverändert bleiben, und die EZB sollte auch die Freiheit behalten, die Bankenaufsicht selbst zu organisieren. Dazu gehören „chinesische Mauern“, um Zielkonflikte zwischen Geldpolitik und Bankenaufsicht zu vermeiden.

Die institutionelle Verfassung der Zentralbank zu erhalten ist die unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die EZB ihre Unabhängigkeit wahren kann. Das gilt auch für die Entscheidungsfindung, die im Moment auf dem Modus „Ein Land, eine Stimme“ basiert. Würde man dagegen die Stimmen nach der wirtschaftlichen oder finanziellen Stärke der jeweiligen Länder gewichten, würden die EZB-Vertreter die Sicht ihrer Heimatländer und nicht ihre eigenen Überzeugungen vertreten. Das Gleiche findet bereits beim Internationalen Währungsfonds (IWF) statt. Das wäre das Ende der Unabhängigkeit für die EZB und ein großes Risiko für die Steuerzahler.

Wir brauchen eine gemeinsame Bankenaufsicht in Europa. Nur so können wir sicherstellen, dass die Banken stark genug sind, um die Wirtschaft zu unterstützen. Nur so ließe sich ein fairer Wettbewerb herstellen und die Integrität der Geldpolitik schützen. Die EZB ist am besten dafür geeignet, diesen Job zu übernehmen.

Der Autor war Mitglied des EZB-Direktoriums. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Handelsblatt Shop

Corporate Finance Wissen zum Vorzugspreis.

Alle aktuellen und relevanten Themen zur Unternehmensfinanzierung inklusive Kennzahlen, Formeln, Checklisten und prägnanten Erläuterungen in über 800 Seiten.

FÜR NUR 89 € statt 109,50 €*

Jetzt bestellen unter: handelsblatt-shop.com

* Im Vergleich zu den Original-Einzelangaben, Preisangaben inkl. gesetzlicher MwSt.

BUSINESS-WETTER 21.11.

HEUTE: Häufig wieder Nebel, später etwas öfter sonnig

Am **VORMITTAG** liegen über vielen Tälern und Becken zähe Nebel- und Hochnebelfelder. Vielerorts kann es daraus anfangs auch nieseln. -- **IM TAGESVERLAUF** steigen die Chancen auf Sonne vor allem im Westen, großteils sonnig ist es einmal mehr am Alpenrand und in Lagen über 1000m. -- Der **WIND** weht schwach, in der Nordhälfte auch mäßig aus Süd bis Ost. -- In der **NACHT** überquert eine schwache Störung von Westen her das Bundesgebiet und bringt verbreitet leichten Regen.

Aussichten	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
Norden	3° 9°	0° 6°	4° 8°
Mitte	5° 9°	3° 9°	4° 9°
Süden	0° 5°	0° 4°	1° 6°

